

Frankfurt, 14. März 2022

Gemeinsame Pressemitteilung

Geflüchtete aus der Ukraine:

In Hessen fehlen professionelle Beratungsstrukturen

Vor einer drohenden Überforderung der Unterstützungsstrukturen für geflüchtete Menschen warnen der Paritätische Wohlfahrtsverband Hessen und der Hessische Flüchtlingsrat angesichts der katastrophalen Entwicklung in der Ukraine. Schon jetzt hat der Krieg laut UNHCR 2,7 Millionen Menschen zur Flucht gezwungen. Die zivilgesellschaftliche Hilfs- und Aufnahmebereitschaft in Hessen ist überwältigend, die Beratungsstrukturen sind hingegen nicht ausreichend ausgestattet – dabei schnellen die Anfragen täglich in die Höhe.

Der Paritätische Hessen und der Hessische Flüchtlingsrat fordern die Landesregierung daher auf, jetzt die unabhängigen professionellen Beratungsstrukturen zu stärken und flächendeckend auszubauen.

„Anders als andere Bundesländer fördert das Land Hessen keine regionalen Migrations- und Flüchtlingsberatungsstellen“, erläutert Dr. Yasmin Alinaghi, Geschäftsführerin des Paritätischen Hessen. „Dieser seit Jahren bestehende eklatante Mangel führt dazu, dass die von den Wohlfahrtsverbänden und Kirchen aus Eigenmitteln sowie die vom Bund finanzierten Beratungsstellen schon vor der Ukraine-Krise an der Belastungsgrenze waren. Zusätzlich noch die Menschen adäquat zu beraten, die aus der Ukraine geflüchtet sind, können sie in Hessen kaum noch leisten.“

Neben den Beratungsstellen können aus Sicht der Wohlfahrtsverbände auch kommunale Behörden die kommende Herausforderung nicht allein meistern. In Großstädten, wo aktuell schon viele Geflüchtete ankommen, zeigt sich dies bereits, so die Rückmeldungen von Haupt- und Ehrenamtlichen, die von unklaren Zuständigkeiten und von überlasteten Hotlines berichten.

„Zwar hat die EU erfreulicherweise beschlossen, dass Ukrainer*innen kein Asylverfahren durchlaufen müssen. Aber Aufenthaltserlaubnis und Sozialleistungen zu beantragen, sind dennoch bürokratische Hürden, die Betroffene ohne Deutschkenntnisse und fachkundige Beratung nicht überwinden können“, erläutert Timmo Scherenberg, Geschäftsführer des Hessischen Flüchtlingsrats. „Zumal erschwerend hinzukommt, dass die meisten Ausländerbehörden coronabedingt immer noch schlecht oder gar nicht persönlich erreichbar sind und Termine weiterhin nur nach teils wochenlangen Wartezeiten vergeben werden.“

Der Paritätische Hessen und der Hessische Flüchtlingsrat begrüßen die große Bereitschaft in der Bevölkerung, ankommende Ukrainer*innen ehrenamtlich zu unterstützen oder sogar privat unterzubringen, sehen aber schon jetzt die Gefahr einer Überforderung. „Damit dieses bürgerschaftliche Engagement gelingen kann, muss es unbedingt professionell begleitet und unterstützt werden“, so Lea Rosenberg, Referentin für Migration, Flucht und Asyl beim Paritätischen Hessen. „Geflüchtete und Unterstützende brauchen fachlich versierte Sozialarbeiter*innen, an die sie sich in Behördenangelegenheiten, bei Fragen zu Integrationsangeboten und des Zusammenlebens wenden können. Andernfalls drohen Enttäuschungen und Frustration auf beiden Seiten.“

Ausgebaut werden müssen jetzt auch die psychosozialen Hilfen, so Rosenberg weiter. „Wir müssen uns auch in Hessen darauf einstellen, viele Menschen zu empfangen und aufzunehmen, die durch die Ereignisse in der Ukraine schwer getroffen und traumatisiert sind. Die vier vom Land geförderten Psychosozialen Zentren für Geflüchtete in Hessen sind dafür bei weitem nicht ausreichend ausgestattet. Schon die besonders prekären Folgen der Corona-Pandemie auf Geflüchtete in Unterkünften und die Machtübernahme der Taliban in Afghanistan haben die dortigen Kapazitäten über eine vertretbare Belastungsgrenze hinaus strapaziert.“

Ansprechperson für Presseanfragen:

Lea Rosenberg, Referentin für Migration, Flucht und Asyl beim Paritätischen Hessen
Tel.: 069 / 955 262 52 | E-Mail: lea.rosenberg@paritaet-hessen.org

Timmo Scherenberg, Geschäftsführer des Hessischen Flüchtlingsrats
Tel. 0179 / 829 31 73 | E-Mail: hfr@fr-hessen.de